

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheilene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amfliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 56.

Freitag, den 7. März 1919.

26. Jahrg.

Die Anarchie im Wirtschaftsleben.

Von allen Seiten hageln auf die Regierung und auf die Nationalversammlung Vorwürfe nieder, daß sie es nicht verstanden habe, Ordnung ins Wirtschaftsleben zu bringen. Nichts tue dem deutschen Volk mehr Not, als unausgesetzte Arbeit. Dabei werde alle Augenblick in größtem Umfang gestreikt. Lokomotivenbau, Wagenbau, Bergbau und Landwirtschaft benötigten dringend zahlreicher Arbeitskräfte; aber die Regierung verstehe nicht, sie ihnen zu schaffen, sie lasse lieber Hunderttausende von Arbeitslosen in den Großstädten herumlungern. Regierung und Nationalversammlung hätten vollständig verlagert; um der Anarchie zu entgehen, seien die Räte das einzige, das letzte Mittel.

Wie leicht macht es sich diese Kritik! Die stärkste soziale Unruhe durchwühlt selbst die Länder, die keine Niederlage und keine Revolution hinter sich haben. Und keinen vierjährigen Hungerkrieg! Die Leistungen der Bergarbeiter sind ungenügend nicht wegen der paar verlorenen Streiktage, die im ganzen erheblich weniger ausmachen als zwei Wochen strengen Frost oder ein paar starke Schneefälle, sondern weil sie nicht genug zu essen haben. Andererseits verschärfen allerdings diese Streiks die Hungersnot wieder. Die ungenügende Kohlenförderung schädigt alle Industrien einschließend der Fabriken für Eisenbedarf aus allerwärts und erzeugt automatisch die ständig wachsende Arbeitslosigkeit. Die Stadtarbeiter gehen nicht aus Land, weil sie dort keine geeignete Wohnung finden — in den Ländereien der Russen wollen sie nicht wohnen — weil sie keine festen Schuhe und keine ganzen Kleider haben und weil sie von Landarbeit nichts verstehen. Die Landwirte bedanken sich dafür statt gelehrte Landarbeiter Feinmechaniker oder Elektromonteur zu bekommen, die sich bei der Landarbeit die Eignung für den eigenen Beruf zerstören könnten, ohne irgendeine Sicherheit zu haben, daß sie deswegen schon etwas für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung leisten könnten. Es fehlen eben Hunderttausende ausländischer Wanderarbeiter, es fehlen der Landwirtschaft all die getöteten oder invaliden Berufsangehörigen, und auf der anderen Seite werden lange Zeiten vergehen, ehe die deutsche Industrie wieder sozial Arbeiter beschäftigen kann wie vor dem Krieg. Die Umstellung muß also stattfinden, das unterliegt gar keinem Zweifel. Reichsarbeitsamt, Reichsdemobilisationsamt und Wirtschaftsamt haben diese Notwendigkeit schon vor Monaten erkannt und alles getan, um die Abwanderung geeigneter Arbeitskräfte aufs Land zu fördern. Sie haben im Dienst dieser Notwendigkeit selbst harte Vorwürfe nicht gescheut. Daß ihre Aufgabe nicht besser gelöst worden ist, liegt an den Verhältnissen und nicht an ihrer mangelnden Einsicht oder Tatkraft.

Die Anarchie im deutschen Wirtschaftsleben ist eine Folge der Niederlage, eine Folge der fortbauenden Hungerkatastrophe und Rohstoffperre, aber nicht die Folge irgendeines inneren Organisationsfehlers. Die Regierung, die mit aller Kraft auf den Frieden hinarbeitet, tut das Beste für ihre Ueberwindung.

Es handelt sich nun um die Frage, ob eine Rätereierung etwas Besseres schaffen könnte. Dazu ist zu sagen, daß auch die politische Meinherrschaft der Räte nicht entfernt Ordnung ins Wirtschaftsleben brächte; sie könnten auch keine Lebensmittel und Rohstoffe aus der Erde stampfen — die Unzufriedenheit der Arbeiter wucherte weiter und entlände sich erneut in Streiks und allen möglichen Verzweiflungsakten. In dem fortbauenden Glend würden die Räte der Reaktion die Schuld geben, und die nächste Periode wäre die des schärfsten Terrors gegen die früher Besizenden und Herrschenden. Und da auch dies die Wirtschaft nicht wieder belebte, zumal ein solches Regime keinen Frieden bekäme, wäre das Ende der vollständige Zusammenbruch und danach die siegreiche Gegenrevolution, die Militärdiktatur.

So wird es in Rußland ganz bestimmt kommen. Kein russischer Sozialist von irgendwelchem Denk- und Urteilsvermögen zweifelt noch daran. In Deutschland haben wir Sozialdemokraten die Pflicht, ob es nun populär ist oder nicht, mit äußerster Kraft gegen das Befahren dieser tiefen Ebene anzukämpfen. Wir haben nicht das Recht, jedem Hauch der Wellstaune nachzugeben. Wir dürfen die Partei nicht mitverantwortlich machen für den Ehrgeiz von Leuten, die untröstlich darüber sind, daß sie nicht in der Nationalversammlung mitreden können. Wir dürfen uns nicht davon schrecken lassen, wenn infolge des zunehmenden Glends wir einmal Wähler verlieren. Wir dürfen nur unserer Einsicht und unserem Gewissen folgen, und darum bleibt für uns die Parole: die Sozialdemokratie steht und fällt mit der souveränen Nationalversammlung.

Es ist nicht schwer, Arbeiter aufzuheben, die sich bis zur Revolution nie um Politik gekümmert haben und nicht begreifen können, warum das alte Glend noch immer fort-dauert. Es ist sehr schwer, Menschen aufzuklären und politisch wirklich zu bilden. Die schwere Aufgabe ist uns

zugefallen — mit Wandelmut und leichtfertigen Vorwürfen werden wir sie nicht lösen, sondern nur mit klarer Einsicht und festem Willen.

Ablieferung der deutschen Handelsschiffe, aber keine Lebensmittelversorgung.

Vorläufiger Abbruch der Verhandlungen in Spa.

Die Entente-Mächte haben immer wieder in die Welt hinausgeschrien, daß sie den Krieg führten für Recht und Menschlichkeit gegen die Barbarei. Millionen haben es ihnen geglaubt. Als dann der Zusammenbruch Deutschlands und seiner Verbündeten erfolgte, zeigte sich sofort mit erschreckender Deutlichkeit der Welt, daß das Gerede von Gerechtigkeit nur Heuchelei und daß die Triebfeder ihres Handelns nackte imperialistische Gewaltpolitik war. Schon die Waffenstillstandsbedingungen waren von unerhörter Brutalität gegen das hungernde deutsche Volk. Und immer neue Exzesse wurden verübt. Man benutzte den Hunger und die Not der Unterlegenen, um ihnen auch das Letzte zu nehmen, ohne ihnen die ersehnte Hilfe zu leisten. Doch alles hat schließlich eine Grenze. Die ist nun in Spa erreicht, nein, von den Alliierten überschritten worden. Sie fordern die sofortige Auslieferung der deutschen Handelsschiffe, ohne bindende Verpflichtung für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen. Darauf sind die deutschen Unterhändler nicht eingegangen, denn sie hätten Deutschland damit der letzten Möglichkeit beraubt, selbst Lebensmittel heranzuschaffen, wenn die Hungerkatastrophe aufgehoben ist.

Nunmehr sind die Verhandlungen in Spa vorläufig abgebrochen worden. Natürlich bedeutet das nicht, daß der Waffenstillstand aufgehoben werden soll. Die Tatsache steht fest, daß Deutschland gegenwärtig wehrlos ist und keinen Krieg mehr führen kann. Eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von dieser Seite ist somit undenkbar. Es handelt sich bei dem Abbruch der Verhandlungen lediglich um die Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffsfahrts- und Finanzabkommen, nicht um die allgemeinen Waffenstillstandsverhandlungen. Es ist aber die Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Entente, da die deutsche Regierung die Absicht hat fest zu bleiben, diesen Abbruch auch zu einer Kündigung des Waffenstillstandes benutzen könnte. Eine solche Kündigung ist aber, entgegen umlaufenden Gerüchten noch nicht erfolgt. Ob die Völker der Entente damit einverstanden wären, muß auch sehr bezweifelt werden. Der neue Krieg könnte denen, die ihn wollten, in letzter Linie selbst zum Verderben gereichen.

Der Bolschewismus und die Anarchie rumoren im blutenden Körper des todwunden Europa. Mit Mühe suchen sich die siegreichen Alliierten dagegen zu wehren. Ihre imperialistische Gewaltpolitik ist der beste Verbreiter des Bazillus dieser Kriegsepidemie. Sie werden das noch am eigenen Leibe spüren, wenn sie nicht vorher zur Vernunft kommen.

Wir geben nachstehend die vorliegenden Meldungen über die Vorgänge in Spa wieder:

WB. Die in Spa geführten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die Auslieferung der Handelsschiffe und die damit in Zusammenhang stehenden finanziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf der sofortigen Auslieferung der deutschen Handelsschiffe bestanden, ohne bindende Verpflichtung für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

L. U. Berlin, 6. März. Auf Grund des Verlaufs der Verhandlungen in Spa am 4. März übermittelte die Reichsregierung in Weimar am Vormittag des 5. März folgenden einstimmigen Beschluß als endgültige Instruktion an ihre Unterhändler in Spa: Die deutsche Handelsflotte wird zur Verfügung gestellt, sobald durch bindende Verträge mit den Alliierten die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sichergestellt ist. Die deutsche Kommission erhält die Ermächtigung, den Vorschlag, 100 000 Tonnen Getreide in Argentinien zu kaufen, anzunehmen und dafür 100 000 Tonnen Schiffsraum für Deutschland zu reservieren. Sollten die Verhandlungen total scheitern, sind die deutschen Unterhändler ermächtigt, nach Abschluß sämtlicher Verträge zur Belieferung von 270 000 Tonnen Lebensmitteln 270 000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung zu stellen. Deutschland braucht bis zur Ernte ca. 2½ Millionen Tonnen Lebensmittel und stellt dafür 2½ Millionen Tonnen Schiffsraum zur Verfügung. Die Menge der zu liefernden durch Vertrag sichergestellten Lebensmittel muß parallel gehen mit dem Umfang des von uns zur Verfügung stehenden Schiffsraumes.

WB. Berlin, 6. März. Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission wies die Reichsregierung die Unterhändler in Spa an, die deutsche Handelsflotte nur zur Verfügung zu stellen, sobald durch einen bindenden Ver-

trag die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sichergestellt sei. In der letzten Sitzung über die Lebensmittelversorgung Deutschlands sei es einer der Gründe für die Annahme der harten Waffenstillstandsbedingungen gewesen. Deutschland könne aber nicht die Handelsflotte abliefern, ohne daß die Zuficherung der Alliierten vorliege, daß die Lebensmittelleistungen auch tatsächlich erfolge. Bisher erhielt Deutschland noch keine einzige Tonne Lebensmittel von den Alliierten. Deshalb sei es der deutsche Standpunkt, die deutsche Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Erklärungen die Lebensmittelversorgung Deutschlands sichergestellt sei. Es schlage aber, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen, vor, eine teilweise Zuerstverhandlung der Handelsflotte vorzunehmen und bei dem Vorhandensein des definitiven Versorgungsplanes den Rest der Flotte auszuliefern. Der englische Vertreter erklärte, die Alliierten hätten die Absicht, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu erleichtern, wenn Deutschland sofort die gesamte Flotte abliefern. In erster Linie werde die Einfuhr von 270 000 Tonnen genehmigt. Die Frage weiterer Lieferungen werde dem Obersten Kriegsrat zur Entscheidung vorgelegt. Unterstaatssekretär v. Braun entgegnete auf diese Erklärung, daß dadurch die weitere Versorgung Deutschlands von drei unsicheren Faktoren abhängig gemacht sei und der Entscheidung des Obersten Kriegsrats vorbehalten sei, mit dem Deutschland keine Verhandlungen möglichkeit habe. Er betonte nochmals, daß die Frage der Lebensmittelversorgung eine Frage auf Leben und Tod für Deutschlands Bevölkerung sei, von der schon jetzt täglich 800 Menschen des Hungers sterben. Keine Regierung könne es verantworten, sich ohne die Sicherheit, daß die Alliierten helfen, des letzten Mittels zu berauben, sich selbst zu helfen. Hierauf erklärte Admiral Hope, daß die assoziierten Vertreter keine Vollmachten hätten, weiter zu gehen. Wenn die deutschen Vertreter keine weiteren Instruktionen hätten, schlage er vor, die Verhandlungen abzubrechen. Unterstaatssekretär v. Braun bemerkte, er halte es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensfrage nachgeben könne. Da ein weiteres Verhandeln zwecklos erschien, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die beiderseitigen Kommissionen reisten von Spa ab.

Die Bewegung im Reich.

Gegen die Fortführung des Streiks sprachen sich die mehrheitssozialistischen Betriebsräte Groß-Berlins einstimmig aus. Sie betonten, nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung die Fortsetzung des Streiks nicht mehr unterstützen zu können.

In der gestrigen Vollsitzung der Arbeiterräte Berlins wurde teils von den Unabhängigen, teils von den Kommunisten der Antrag gestellt: 1. Den Streik auszudehnen auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. 2. Die Kommantogewalt soll auf den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte übergehen. 3. Die Verhandlungen mit der Regierung sollen abgebrochen werden. Nachdem der Antrag, Wasser- und Elektrizitätsversorgung in dem Streik einzubeziehen, trotz warnender Erklärungen der Mehrheitssozialisten angenommen worden war, erklärten die Mehrheitssozialisten den Austritt aus der Streikleitung und verließen geschlossen den Saal.

In der Versammlung der Arbeiterräte wandte sich Richard Müller auf das schärfste gegen das Gesindel, welches so toll in Berlin haust. Er appellierte an die Streikenden, nach 6 Uhr abends nicht auf den Straßen zu sein.

Schwere Kämpfe spielten sich um das Polizeipräsidium ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, so daß das Gebäude stark beschädigt wurde. Eine Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von den Spartakisten besetzt und die Telefonleitungen zerschneiden sind. Außer der Volkswache-Division und einem Teile der republikanischen Soldatenwehr gingen auch Teile zweier Regimenter zu den Spartakisten über. Die nächtlichen Kämpfe sollen bisher acht Tote und eine erhebliche Anzahl Verwundeter gefordert haben.

Die Belagerung und Beschießung des Polizeipräsidiums wurde Donnerstag fortgesetzt. Nach einer Gefechtspause von 11½ Uhr ab, wurde wieder mit kurzer Unterbrechung geschossen, und zwar meist mit Maschinengewehren. Das Stadtvogelgebäude, das sich unmittelbar an das Polizeipräsidium anschließt, wurde mit schweren Mörnern bombardiert. Es gelang den Angreifern, eine Anzahl Gefangener zu befreien, doch konnten sie wieder ergriffen und festgesetzt werden. Die Verluste der beiden Parteien, die bis zum gestrigen späten Abend etwa 20 Tote, ungerchnet die Verwundeten, betragen haben dürften, stiegen weiter. Die Lage ist außerordentlich unklar. Mannschaften, die sich von der republikanischen Soldatenmehr abzwiegen, erklärten Pressevertreter gegenüber, daß sie keine Spartakisten seien, sondern nach wie vor auf dem Boden der Regierung ständen. Ihr Grimm gelte nur den Reichswehrtruppen.

Die „Bolsche Zeitung“ meldet: Der gestrige Tag hat den Regierungstruppen in schweren Straßenkämpfen einen vollen Erfolg gebracht. Die Volkswache-Division mit Teilen der Republikations-Soldatenwehr hat sich im Marinehaus an der Landwehrbrücke verschanzt und diese sofort mit Geschützen und Maschinengewehren in eine Festung umgewandelt. Gleichzeitig wurden die Spartakisten in den Morgenstunden, das Polizeipräsidium das von Teilen der Berliner Schutzmannschaft und der Regierungstruppen besetzt gehalten wurde, zu stürmen. Die Aufständischen brachten auch Kanonen und Feldhaubitzen zur Anwendung. In

den Mittagsstunden letzte der von der Marine-Kavallerie-Schützen-Division geleitete Gegenangriff ein. Das Volksmarinerehaus erlitt drei Treffer aus schweren Feldhaubizen. Die Verteidiger erlitten zahlreiche Verluste. Die Spartakusbewegung hat eine höhere Schlappe erlitten. Die Stellung der Regierung ist fester als je. Das Kommando der republikanischen Schutztruppe tritt der Meldung entgegen, die republikanische Schutztruppe sei mit der Volksmarine-Division gegen die Regierung aufgetreten, und erklärt, die republikanische Schutztruppe liege nach wie vor hinter der Regierung im Verein mit den anderen Regierungstruppen.

Die Lage in Leipzig
Silbers am Donnerstag den Gegenstand einer Interpellationsbehandlung in der sächsischen Volkstammer. Der Minister des Innern führte u. a. aus: Es herrsche in Leipzig ein Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Nach den ihm zugegangenen Mitteilungen habe in Leipzig die Lebensmittelzufuhr gänzlich. Auch die Regierung bedauere, daß in Leipzig die Freiheit gestiftet wurde. Es gebe nur zwei Möglichkeiten, um eine Gesundung herbeizuführen. Der eine Weg sei der der Verhandlungen, der andere der der Macht. Die Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um auf gültlichem Wege ihr Ziel zu erreichen. Leider erklärte sich der Leipziger A- und S-Rat bis heute noch nicht bereit, in Verhandlungen einzutreten.

Wie gemeldet wird, ist ein Verlassen der Stadt unmöglich, da keine Ausweise nach auswärts ausgestellt werden. Auch Automobile und andere Beförderungsmittel dürfen Leipzig nicht verlassen. Die Landstraßen werden von der Volkswacht streng bewacht. Inzwischen dem Volksbeauftragten Schwarz, dem Bergbauischen Verein, dem A- und S-Rat Borna und der Verbandsleitung der Berg- und Metallarbeiter stattgehabten Verhandlungen wurde eine völlige Einigung bezüglich der Einsetzung von Betriebsräten im Bornaer Kohlenrevier erzielt. Die Arbeit wird deshalb auf sämtlichen Gruben des Bornaer Reviers wieder aufgenommen. Die Beteiligung an dem politischen Generalfstreik lehnten die Bergarbeiter durch Abstimmung ab.

Ueber einen Erpressungsfall in Leipzig berichten bürgerliche Blätter. Als der Oberbürgermeister Dr. Rothe mit Herren des Bürgerausschusses eine Konferenz abhielt, deren Gegenstand Erörterungen über die Streiffrage bildeten, drang ein Trupp mit entschlossenen Gewehren in das Zimmer und forderte unter Bedrohung des Lebens des Oberbürgermeisters von diesem die Unterschrift eines Schriftstückes, auf Grund dessen bis spätestens 7 Uhr abends die Auszahlung von 400 000 Mark an den Arbeiter- und Soldatenrat gefordert wird. Auf die Frage, zu welchem Zweck das Geld dienen sollte, erfolgte die Antwort, daß unübersehbares Unglück über Leipzig kommen würde, falls sich der Oberbürgermeister weigern würde, das Schriftstück zu unterzeichnen. Eine Stunde lang widerlegte sich der Oberbürgermeister dem Verlangen, mußte aber schließlich nachgeben. Die Summe wurde bis auf den Betrag von 50 000 Mark im Laufe des Nachmittags von den Banken ausgezahlt.

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer fanden Verhandlungen mit den Vertretern der Streikenden des mitteldeutschen Streifgebietes statt, die zu einer völligen Einigung führten. Die Arbeitgebervertreter stimmten den für ihre Person getroffenen Vereinbarungen zu und versprachen, in ihren Kreisen für die sofortige Durchführung einzutreten. In den nächsten Tagen wird eine Bepflegung der Regierung mit den Vertretern der zuständigen Arbeitgeberorganisationen in Weimar stattfinden. Die Vertreter der streikenden Arbeiterschaft verpflichteten sich, für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

Auch in den ostthüringischen Städten sprach sich die Arbeiterschaft durchweg gegen den Generalfstreik aus. In Weimaringen flaut der Streik nach den vorliegenden Meldungen ab. Der Altenburger Kreis hat die Arbeit wieder aufgenommen. In Gotha herrscht nur noch ein Teilstreik. Vorläufig sind die Verhandlungen zwischen Erfurt und Südthüringen gestört.

In Erfurt sind nur noch Teilausschüsse zu verzeichnen. Das Streikkomitee der Unabhängigen ist an die Führer des Generalfstreiks der Bürger und Beamten herangehtreten und hat um Milderung der Bedingungen für die Beendigung des Bürgerstreiks ersucht. Darauf haben die Bürger- und Beamten-Streikkomitees folgende Bedingungen gestellt: Sicherstellung der Volksernährung, sofortige Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs und persönlicher Schutz für alle Beamten und Arbeiter, die zur Arbeit bereit sind. Diese Bedingungen sind von den Unabhängigen teilweise angenommen worden, jedoch noch im Laufe des Mittwochs die sächsischen Behörden und ein Teil der Reichsbehörde die Arbeit wieder aufgenommen haben. Auch die letzte präzisieren wieder. Die Arbeiter haben sich vorbehalten, in den einzelnen Industriezweigen wieder zu streiken, doch hat dieser Teilstreik keine besondere Bedeutung. Der „Telegraphen-Union“ wird gemeldet, daß das Ende des Streiks zweifellos durch den Mangel an Nahrungsmitteln beschleunigt werden ist.

Das Eisenach wird eine Verklärung der Lage gemeldet. Von gestern mittag an wurde die Lieferung von Elektrizität, sowie von Gas und Wasser eingestellt. Das Verbot Eisenach wurde aufgehoben, den Eisenbahnverkehr Eisenach-Wehra, Eisenach-Gotha und Eisenach-Weinungen sofort einzustellen.

Der Kantonheim revolutionäre Arbeiterrat fordert die Arbeiter zum Generalfstreik an. Die Reichssozialisten lehnen die Beteiligung ab und fordern die Arbeiter an, die Arbeitsstätten nicht zu verlassen, um keine Gelegenheit zu neuen Ausschüben zu geben.

Die Telegraphen-Union meldet aus Fürth i. Bayern, daß dort eine große Demonstration stattfand. Die Demonstranten forderten von der Stadtverwaltung, daß alle Häuser nach Lebensmittel durchsucht werden. Die Stadtverwaltung hat diese Forderung angenommen und ist bereits mit der Durchsicht der Häuser begonnen worden.

Aus der Nationalversammlung.

Der Verfassungsausschuß

Der Nationalversammlung begann seine Beratungen. Zuerst referierte Dr. Kahl über den Abchnitt „Das Reich und seine Gliedstaaten“. Die Erörterung drehte sich um die Frage, ob in der Ueberschrift statt „Reich“ „Republik“ gesetzt werden solle. Ein entscheidender Antrag, für den auch von den Unabhängigen gestimmt worden. Dr. Kammann (Demokrat) empfahl das Wort „Reich“, wegen Minister Dr. Prütz Widerstand erhob, um nicht das partikuläristische Moment zu stark zu betonen. Dr. Kahl (Dem.) hielt es dem Ausdruck „Reich“ für „Koch-Kapitel“ (Dem.) beantragte statt „Gliedstaaten“ den Ausdruck „Länder“ zu setzen. Dr. v. Delbrück erklärte namens seiner Fraktion, daß diese an den Einzelheiten nicht interessiert sei, dies aber nichts an ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur Monarchie ändere. Ein Antrag Kahl, gegen den sich Minister Prütz wandte, forderte Anjählung der einzelnen Gliedstaaten bereits in der Einleitung. Die Abstimmung über die Anlage wurde ausgesetzt. Hierauf wurde noch über die Bestimmung des Artikels 1, über die Reichsfarben, beraten. Hier beantragte die Deutschnationalen die Wiederherstellung von Schwarz-Weiß-Rot.

Zur Wirtschaftsausschuss

Der Nationalversammlung besprach am Mittwoch Minister Wiffel in längerer zum Teil vertraulichen Darlegungen den Stand des Wirtschaftslebens und die Sozialisierungspläne der Regierung. Der Leiter des Demobilisationsamtes, Köhler, besprach ebenfalls wirtschaftliche Fragen. Er äußerte sich peifimistisch über die Lage im Kohlenbergbau und in der chemischen Industrie. Die Kalkwerke ruhten größtenteils infolge Kohlenmangels, die Rohstoffenergie sei um 50 Prozent zurückgegangen, ebenso die Herstellung von Stahl- und Walzwerkprodukten. Die Kupfervorräte seien verschwindend klein, ebenso die Vorräte an Zink, Aluminium, Nickel, Blei, Zinn, Platin usw. Bei den Textilien sei die Arbeit bei einer 10- bis 25prozentigen Beschäftigung auf fünf bis sechs Monate gesichert. Leber sei sehr knapp. Die Erwerbslosenstatistik zeige erschreckende Ziffern. Das Gefährlichste sei die Arbeitslosigkeit. Die Auswanderung, besonders von Intelligenzen, habe bereits begonnen. Lebensfrage für uns sei die Beschaffung von Rohstoffen und die Verbindung mit der Welt. Die Ansprache über beide Neben wurde vorläufig verlagert.

Eine erste Frage an die Regierung.

Der Nationalversammlung ging folgende Interpellation der Mehrheitspartei zu: Die in Deutschland vorhandenen greifbaren Erntevorräte reichen nicht aus, das deutsche Volk bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte zu ernähren. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Die Schaffung eines Reichsamtes für das Feuerlösch- und Feuerhugwesen

fordert der Deutsche Versicherungsbund, v. S., in Berlin, dem über 275 000 mittelbare und unmittelbare Mitglieder, insbesondere 40 Handels- und Landwirtschaftskammern, 176 Vereine und 32 Stadtverwaltungen aus ganz Deutschland angehören, und zu dessen Aufgaben auch die Förderung des Feuerlösch- und Feuerhugwesens gehört. Er hat an die Nationalversammlung eine Eingabe gerichtet, in welcher der Antrag gestellt wird, daß dem § 3 des Entwurfes der künftigen Reichsverfassung als neue Ziffer 6 noch beigelegt wird: „Das Feuerlösch- und Feuerhugwesen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Deputation Thüringer Landwirte

überreichten dem preussischen Landwirtschaftsminister eine Erklärung, in der sie der verzweifeltsten Lage Ausdruck geben. Durch die Verkehrsstörungen habe die Düngezufuhr, die für die nächste Ernte so wichtig sei. Die Streiks und alles damit Zusammenhängende werde in absehbarer Zeit dahin führen, daß die Landwirte sich zum Gegenstreik zusammenschließen, die Lieferung einstellen und event. die Frühjahrseinstellung in Frage stellen, bezw. ganz unterlassen. Es würde diese Maßnahme daher nur als einziges Mittel übrigbleiben, sich der zurzeit herrschenden Verhältnisse zu erwehren, aber von unberechenbaren Folgen sein.

Landwirtschaftsminister Braun erwiderte, daß auch er bedauere und beklage, daß durch die Streiks unsehbar die Hungersnot für das nächste Jahr organisiert werde, und daß die Regierung alles aufbreite, um einen geordneten Gang der Produktion zu erreichen. Die Landwirte sollten die Lage nicht verschlimmern, sondern mit allen Kräften bemüht sein, sie zu bessern.

Aus der sächsischen Volkstammer.

Die Volkstammer nahm die vorläufige Verfassung an. Das Kontrollrecht der Arbeiter- und Soldatenräte in bezug auf die Regierung wurde abgelehnt. Die Regierung, die mit Annahme der Verfassung formell zurücktritt, führt bis zur Neuerkennung die Geschäfte weiter. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, der Kammer einen Gegenentwurf vorzulegen, worin der 1. Mai und der 9. November (der Revolutionsstag) als gesetzliche Feiertage erklärt werden.

Anhaltende Unklarheit in München.

Im Reichstag kam es in der Frage der Bildung einer neuen Regierung noch zu keiner Entscheidung. Es wurde aber der Dringlichkeitsantrag Dr. Löwenfeld mit großer Mehrheit angenommen, demzufolge sich die Vertreter aus den Reihen der Reichspartei und der Unabhängigen Sozialdemokraten erneut mit den am 12. Januar in den bayerischen Landtag gewählten Abgeordneten der Reichspartei zusammenfinden sollen, um eine Einigung anzustreben. An den Verhandlungen werden je sieben Vertreter der Reichspartei, der Unabhängigen Sozialdemokraten und des Bauernbundes teilnehmen. Weiter bezüglich der Kongreß noch, zur Fortführung der Regierungsgeschäfte bis zur Neubildung des Ministeriums Mitglieder des Zentralrats als Volksbeauftragte zu bestimmen.

Der Räte-Kongreß nahm gestern einen Antrag an, wonach die Räte-Kammern in die sich in Schutzhaft befinden, freizulassen sind, soweit sie nicht ehrenrührige oder strafbare Handlungen begangen haben. Ferner legte der Räte-Kongreß eine Untersuchungskommission ein, die sich mit den Vorgängen bei der Eröffnung des Landtags am 21. Februar und den sich anschließenden Unruhen beschäftigen soll.

Im Zusammenhang mit den Einigungsverhandlungen über die Regierungsbildung beginnt heute in München ein Landeskongreß der sozialdemokratischen Reichspartei.

Der Räte-Kongreß nahm einen Antrag an, wonach die Parteien zu entlassen sind, gegen die keine bestimmten Verhaftungsmandate vorliegen. Es wurde übrigens mitgeteilt, daß 15 Gefangen bereits entlassen, 2 entlassen sind und 5 überhaupt nicht haben verhaftet werden können. — In der Frage des Schutzes des Reichstages nahm dieser heute einen Antrag an, daß die vom Stadtkommandanten abberufene alte Kommandogarde wieder einberufen und neuerdings in ihren Diensten als Landtagewache eingesetzt werden soll.

Schweiz.

Eröffnung der internationalen Völkerbund-Konferenz. Gestern wurde die internationale Völkerbund-Konferenz eröffnet. An der Spitze der deutschen Delegation stehen Scheinert Brenano, Eduard Bernheim, Professor Franke. Der Präsident brachte der Versammlung die Grüße der Schweiz und führte aus, die Konferenz müsse den wirklichen Völkerbund vorbereiten und könne sich nicht mit dem Pariser Protokoll begnügen, das die kleinen Staaten als zweiklassig ansetzt. Die Welt habe zur noch die Wahl zwischen Völkerbund und

Völkeranarchie. Es wurden verschiedene Kommissionen eingesetzt, die ihre Tätigkeit bis zum 10. März beendigen sollen. Dann wird die allgemeine Bepflegung fortgesetzt.

Die Folgen des Streiks.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission überreichte der französische General Rubant eine Note, in der über die mangelhafte Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen und die Einstellung der Kohlentransporte aus dem rechtsrheinischen zum linksrheinischen Gebiet Klage geführt, und alles Weitere bezug auf die Strafe, welche der deutschen Regierung dieserhalb auferlegt werden könne, vorbehalten wird. Die deutsche Waffenstillstandskommission weist hierzu auf die vielfachen Strafe in die Transportnot hin, die durch die Ablieferung ungeheurer Eisenbahnmateriale an die Entente entstand. Es heißt in ihrer Darlegung:

Es braucht nur auf die Zerstörung des Eisenbahnnetzes in den Bezirken Erfurt und Halle hingewiesen zu werden. Von der Tragweite dieser wahnwitzigen Tat kann man sich ungefähr ein Bild machen, wenn man hört, daß sich hierdurch die Züge mit den aus Schlesien kommenden landwirtschaftlichen Maschinen bereits von Erfurt bis Priesau angehalten haben, die auf der Fahrt nach der Westerbahn gestoppt in Mainz begriffen waren. Aber nicht nur die Lieferungen aus ganz Sachsen, sondern selbst die aus Ostpreußen, West- und Ostpreußen kommenden sind dadurch in Stoden geraten, da auch sie den Weg nach Mainz über Erfurt nehmen müssen. Ein ungeheures Durcheinander an den ganzen Strecken, das die gut durchdachte Organisation zur Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen zu zerstören droht, ist die Folge. Durch solche und ähnliche Zwischenfälle kommen die Züge an den Uebergabestellen teils mit großer Verspätung an, teils gelangen sie überhaupt nicht an ihren Bestimmungsort.

Statt der bis zum 1. März im Prinzip abzuliefernden 31 204 Maschinen sollen nach Behauptung Rubants nur 577 beverbundenen übergeben worden sein. Trotz der Darlegungen der deutschen Vertreter über die Ursachen der mangelhaften Lieferung an Maschinen wie an Kohle hielt General Rubant den Text seiner Note aufrecht.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 7. März.

Die Vollversammlung des A- und S-Rates.

die gestern unter Vorsitz des Genossen Kossien im großen Saal des Regimentshauses tagte, war außerordentlich stark besucht. Zunächst erstattete Genosse Bomm den Kasernenbericht über die Monate Januar und Februar. Einer Einnahme von 100 131,8 Mark standen 59 184,99 Mark Ausgaben gegenüber. Dem Kasernenrat wurde einstimmig Decharge erteilt. Dann wurden Anträge über Einschränkung und gänzliches Verbot von Tanzergewinnen und Mastertaben behandelt. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag Korpoh angenommen, Tanzergewinne nur Sonnabends und Sonntags zu erteilen. Vereine und Truppenteile erhalten nur alle drei Monate einmal Tanzergewinn. Der „Höfe-Höhenball“ soll auch noch verboten werden, falls das Polizeiamt nicht zu Schadenersatz verpflichtet ist. Jedenfalls wurde diese Bestimmung als Verschwendung Gelegenheit gekennzeichnet.

Hierauf sprach Genosse Mehrlein über die gegenwärtige Lage, die Streiks und Spartakusunruhen und über das Weiterbestehen der A- und S-Räte. Er möchte der Nationalversammlung den Vorwurf, daß sie viel zu viel rede und in punkto Verankerung der Erzeugnisse der Revolution nichts tue. Die Vorgänge in München und Berlin wären nicht gekommen, wenn die Nationalversammlung ihre Pflicht getan hätte. Die Streiks in Halle und Leipzig seien eine erste Mahnung. Er ging dann auf die Offiziersfrage ein und meinte, die Offiziere, die sich auf dem Boden der Republik stellen, sollten nicht zurückgewiesen werden. Mit aller Macht müßten wir uns gegen Polen, Litauern und Bolschewiken wehren, wenn diese deutsches Gebiet besetzen. Redner rechnete dann mit den Spartakisten und Bolschewiken ab, die keine Sozialisten, sondern Anarchisten seien. Redner sprach sich dahin aus, den A- und S-Rat vorläufig bis zur Umbildung in eine Arbeiterkammer fortbestehen zu lassen. An Mehrleins Referat knüpfte sich eine lange Debatte. Mehrfache Schlußanträge wurden abgelehnt. Auch Oberst von Werber, der zur Information anwesend war, griff in die Aussprache ein und bat, die Offiziere nicht mehr als besondere Klasse anzusehen, sondern ihnen Vertrauen entgegenzubringen. Sie wollten nur das Beste für Volk und Vaterland.

Sudfeld berichtete über die Korpskonferenz in Schwerin. Es sprachen Kredler, Dreger, Roh, Salamon, Boldt, Eschmann, Herrmann, Bumann, Nidel, Bromberg, Saut, Krüger, Tauerbach, Gier, Rasbohm, Heiden und auch der Spartakist Richter erhielt das Wort. Wir werden morgen über die Debatte eingehender berichten.

Es wurde dann angenommen folgende Resolution Mehrlein: 1. Die Stellung von Betriebs-, Bezirks- und Landarbeiterräten in der Verfassung zu regeln. Die Arbeiterräte haben weitgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse, Kontrolle der Produktion, Begutachtung und Antragsstellung bei allen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gesetzgebungsmaßnahmen, Mitwirkung bei der Sozialisierung von Produktionszweigen, Kontrolle sozialisierter Betriebe. 2. Die Sozialisierung der Bergwerks- und ähnlich entwickelter Industrien ist sofort einzuleiten unter Mitwirkung der Arbeiterschaft. 3. Schnellste Bepflegung der Ernährungsverhältnisse.

Weiter wurde ein Antrag Kredler: „Die am 6. März 1919 tagende Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Lübecks ersucht die Regierung dringend, dafür Sorge zu tragen, daß auch Lübeck statt ausschließlich aus dem Ruhrrevier auch von Ostpreußen mit Industriekohle beliefert wird. Die Arbeitslosigkeit in Lübeck ist eine sehr große. Beschäftigung ist genug vorhanden, nur mangelt es an Kohlen. Lübeck darf nach dem Verteilungsplan der Reichsregierung nur aus dem Ruhrrevier mit Industriekohle beliefert werden im Gegensatz zu den benachbarten Freistaaten Rauenburg und Mecklenburg, die auch von Ostpreußen Kohlen beziehen können. Um die Arbeitslosigkeit im Freistaat Lübeck infolge Kohlenmangels nicht noch bedeutend zu vergrößern, ist es dringend nötig, auch Lübeck die Erlaubnis zu erteilen, von Ostpreußen Industriekohle beziehen zu können“, einstimmig angenommen.

Ein Antrag Salamon: „Den Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrats zu beauftragen, sofort die nötigen Maßnahmen zu unternehmen, eine Auswahl der Arbeiter- und Soldatenrats nach den Vorschriften des Zentralrats bis zum 16. März in die Wege zu leiten“, wurde in Anbetracht der Kosten und Vorarbeiten abgelehnt.

Es wurde ferner ein Antrag Schröder angenommen, der folgenden Wortlaut hat: Da der erweiterte Arbeiter- und Soldatenrat heute abend anwesend ist, sind die Kameraden und Genossen zu erlauben, bei ihren (vor allen jüngeren und nicht politisch reifen) Kameraden über die Aufgaben der Wehr aufzuklären zu wirken, da wir die öffentlichen Lagerplätze, Banken, Geschäftshäuser, überhaupt alles National- und Privateigentum sowie das Leben eines jeden zu schützen gewillt sind. Wir wollen, daß hier in Lübeck, wo sich bisher alles in ziemlich guten Bahnen bewegt hat, es auch weiterhin so bleibt. Die Sicherheitswehr ist als solche beauftragt, unter Umständen mit Waffengewalt gegen jegliche Plünderung einzuschreiten. Es wäre leicht möglich, daß sich unauffällige Kameraden und jüngere Genossen dem Volk an der sich immer leicht bildet, bei eventuellen Unruhen an

Wahrheit. Der Wehr würde durch eine Aufklärung ihre Aufgabe wesentlich erleichtert, und unsere Lebensmittelfürer usw. geschützt, die uns doch in dieser schweren Zeit ganz unentbehrlich sind und die wir doch der Allgemeinheit nicht durch eine Minderheit nehmen lassen dürfen. Die Wehr hat wohl noch in Zukunft vieles aus dem Weg zu räumen und bittet deshalb auch die Arbeiterklasse um größte Unterstützung, da wir Angehörige der Wehr alle politisch und gewerkschaftlich organisiert sind und nur für Ruhe und Ordnung eintreten.

Genosse und Kamerad Pfeiffer berichtete dann im Namen der Kommission zur Prüfung der Geschäftsführung des Arbeiter- und Soldatenrates, daß sie nichts gefunden habe, was den Arbeiter- und Soldatenrat irgendwie belasten kann.

Genosse Klutes sprach dann über Arbeitslosen-Angelegenheiten, an welche Ausführungen sich wieder eine längere Debatte anschloß. Erörtert wurde die Kräfteverhältnisse für die Flugzeugwerke in Travemünde, ferner das brüske Gebahren des Bureauportiers Beermann im Arbeitsamt und die Schamlosigkeit gewisser Leute, die sich, obwohl berufstätig, noch Erwerbslosenunterstützung zahlen lassen.

Die Versammlung fand erst nach 1 Uhr nachts ihr Ende.

Die Beratung des Staats-Haushaltsplans in der Lübecker Bürgerschaft wird am Montag, dem 17. März beginnen.

Nach wie vor Kleidernot.

Als die Reichshilfsleistung die Bezugspflicht zunächst für Strümpfe, Handschuhe usw., später für die gesamte Damen- und Mädchenoberbekleidung ausübte, glaubte mancher Optimist, daß nun genügend Kleiderstoffe vorhanden seien und daß mit dem genügenden Angebot gegenüber der Nachfrage auch die Preise erträglich für die nicht sehr reichen Bevölkerungsteile werden würden. Aber wie so oft in diesen letzten Jahre sind es wieder die Bestimmungen, die recht behaftet: Die Preise sind eher gestiegen als gesunken. Für ein Paar Frauenstrümpfe aus Baumwolle bezahlt man heute 25-30 Mark, solche aus Wolle sind schwerer zu haben und kosten nicht unter 36 Mark. Für Stopfgarn (Zweit), das früher ungefähr 20 Pfennige kostete, wird der zehnfache Preis gefordert. Silgarn, das vielfach zum Wäschestopfen verwendet wird und für das man noch in den ersten Kriegsjahren 7 bis 10 Pfennig für eine Dose bezahlte, kostet heute 1,10 Mark. Kleider- und Mantelstoffe für Frauen kosten 60-140 Mark. Und wenn man den Verkäufer ganz bescheidenlich fragt, ob der Stoff denn auch etwas taue, so hört man in der Regel, daß irgendeine Garantie für Reinheit des Materials, für Haltbarkeit oder Farbeständigkeit nicht übernommen werden könne. Wovon sollen Angehörige des Mittelstandes, wovon sollen die Beamten und die Mehrzahl der Arbeiter solche Ausgaben überhaupt ermöglichen? Wenn jede Stelle, jeder Produktionszweig immer auf den anderen wartet, bis der einmal anfängt mit dem Preisabbau, dann werden wir die Rückkehr zu einigermaßen vernünftigen Verhältnissen wohl nicht erleben. Vorläufig steht die Entwicklung ja nicht einmal still, sondern immer noch wird der Wettlauf um höhere Preise fortgesetzt. Wagt niemand es, das Rad festzuhalten?

Zur Einfuhr von Fischen und Fischereierzeugnissen. In den Mitteilungen aus dem Reichsernährungsamt lesen wir: In letzter Zeit mehren sich die Anträge auf Einfuhrfreigabe von Fischen und Fischereierzeugnissen. Die Ablehnung dieser Anträge hat zu heftigen Presseangriffen geführt, insbesondere wird der Zentrallieferantenverband ein Vorwurf aus der Verlagerung der Einfuhrerlaubnis für Sardellen und Solzfische gemacht. Die Z. L. V. hat jedoch mit dieser Sache nichts zu tun, da seit dem 1. Januar die Einfuhrbewilligung von der Reichsfischverforgung G. m. b. H. erteilt wird. Die Reichsfischverforgung muß sich dabei an die Einfuhrkontingenterstellung in den neutralen Ländern halten. Hier ist die Ausfuhr von Staats wegen nach wie vor auf bestimmte Mengen beschränkt. In diesem beschränkten Rahmen müssen möglichst viel, preiswerte, für die Ernährung der breiten Masse der ärmeren Bevölkerung geeignete Fische nach Deutschland eingeführt werden. Dies kann nur durch Beibehaltung des zentralisierten Einlaufs erreicht werden. Zudem wird jede eingeführte Menge auf die Sollmenge angerechnet. Das Behalten der Reichsfischverforgung ist daher, einerseits möglichst billige, andererseits möglichst haltbare Fische einzuführen, d. h. vor allem frische Fische. Sardellen sind ein reiner Luxusartikel. Solzfische kommen unter den heutigen Umständen, da sie im Vergleich zu frischen Fischen zu teuer sind, nicht in Frage.

Die Driskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. März 1919: 34 283 Mitglieder, darunter 190 Mitglieder von Erlassenen, deren Rechte ruhen, gegen 31 722 im Jahre 1918. Auf Männer entfielen davon 20 236 (1918: 16 589), auf Frauen 14 027 (1918: 15 133). Arbeitsunfähigkeit waren am letzten Februar: Männer: 831 (1918: 629) und Frauen 866 (1918: 659). Ausweisungsbefugnisse für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Februar 2610 (1918: 1975) erteilt. Sterbegeld wurde im Februar für Mitglieder in 52 Fällen, für Angehörige in 36 Fällen gezahlt.

Zur Sammlung von Diensthilfsleistungen. Die vom Landesverorgungsamt vom Frauenrat der Arbeitsämter und von der Kriegs-Broden-Sammlung angeregte Sammlung von Wäsche und Kleidungsstücken für Diensthilfsleistungen hat trotz der Schwere der Zeit ein gutes Ergebnis gehabt. Das Sammelamt wurde in der Frauenwerkstätte, soweit es nötig war, verarbeitet und wieder hergestellt. Alle die Haushaltungen, in denen die Abholer nicht vorkommen, werden heute, schriftlich oder telefonisch (8718) der Sammelstelle Salzspeicher Nachricht zu geben.

Der Mecklenburger Wandbüsche Verein veranstaltet am morgigen Sonntag in den Zentral-Hallen eine Feier, die auch beliebte alte mecklenburgische Tänze bringen wird. (Siehe Inserat)

Hansa-Theater. Den vielen Freunden des Hansa-Theaters wird eine besondere Freude geboten. Herr Edgar Bauin, der Liebhaber der Lübecker, ist von der Direktion für den Rest der Spielzeit verpflichtet worden. Am Sonntagabend wird er den Degen in der „Lustigen Witwe“, am Sonntagabend den Hofjägermeister Tscholl im „Freudenberg“ spielen. In der kommenden Woche werden nochmals auf vielfachen Wunsch zwei Vorstellungen der Silbernen Operette „Der vertriebene Herzog“ stattfinden, in denen Bauin seinen vielbeliebten „Hofmarschall Repomus“ spielen und tanzen wird.

Verhaftete Fleischdiebe. Ermittelt und festgenommen wurden zwei in der Karpenstraße wohnhafte Brüder und ein von Hamburg hier zugereister Matrose, die gemeinschaftlich in der Nacht zum 21. v. Mts. mittels Einbruchs aus einem Schlachtereiladen in der Moislinger Allee ca. 500 Pfund Rindfleisch gestohlen hatten. Das Fleisch hatten die Diebe an einen in der Engelsgrube wohnhaften Schlachtereigenen verkauft. Dieser dürfte sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Gefangener Ausbrecher. Wieder festgenommen wurde ein Matrose, der am 25. v. Mts. aus dem Marzfaß-Gefängnis ausgebrochen war, wo er sich wegen Einbruchsdiebstahls in Unterbewachung befand.

Wem gehört das Feldvieh? Am 6. ds. Mts. wurde von einem Bauern in der Poltenstraße ein Kalfad mit einem reihungsfähigen Hahn und zwei dunkel geprenkelten Hühnern gefunden. Der Eigentümer wird ersucht, sich in dem Bureau der Kriminalpolizei Schlüsselbuden 16, I zu melden.

Hamburg. Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren. In einer Frauenversammlung, in der die Genossinnen Stolten und Genosse Schult referierten, kam es zu wüsten Szenen. Ein Unabhängiger und Kommunist ergingen sich zunächst in wüsten Schimpereien gegen die Mehrheitspartei, die sie für alle anfeindlichen Zustände der Gegenwart verantwortlich machten. Ehe der Referent das Schlusswort sprechen konnte, fingen einige aufgeregte Kommunisten einen gewaltigen Lärm an. Einer schlug dem Vorsitzenden, Genossen Olmann, brutal ins Gesicht. Das war nachdem „H. G.“ das Signal für die überaus unglückliche Reaktionen zu begeben. Dem Referent drohte

einer, er wolle ihn ein Messer in den Leib rammen. Nur mit Mühe konnte er von andern Teilnehmern der Versammlung fortgezogen werden. Eine junge Frau, die sich anstrebte, rief nach ihrem Mann. Im nächsten Augenblick packte sie ein Kommunist mit roher Faust an der Gurgel und hob sie hoch. Andere schlugen mit geballten Fäusten der Frau auf den Kopf. Im nächsten Augenblick sah man, wie andere Kommunisten und Unabhängige mit Säulen und Stühlen auf die sich entsetzten Versammlungsteilnehmer einbrachen. Einer ließ einen Stuhl mit voller Wucht auf den Kopf eines Mannes niedersausen. Der Mann stürzte und andere fielen über ihn her. Auch hier konnte nur das Eingreifen heiliger Leute den Bedrängten herausziehen. Der kommunistische Referent, der dieses Unheil gemeinsam mit seinen unabhängigen Genossen anstiftet hatte, bemühte sich nunmehr, die von ihm aufgeregte Menge zu beruhigen. Die so handeln, wollen der Menschheit Freiheit und Glück bringen! — Für 30 000 Mark Uhren und Goldwaren erbeuteten Einbrecher in der Großen Bergstraße bei einem Uhrmacher. Die Diebe hatten in der Mittagszeit zwischen 1 und 3 Uhr durch Nachschlüssel den Laden geöffnet.

Blankenberg i. Mecklg. Die Behandlung der Landarbeiter hat bei manchen Gutsbesitzern trotz der neuen Zeit noch keine Aenderung erfahren. So ließ der Pächter J. in Wiegendorf einen Tagelöhner, der 17 Jahre auf dem Gute gefrondet und dabei ein Bein verloren hat, in schwerer Krankheit liegen. Sogar das höchste Maß für den Kranken mußte bezahlt werden. Der Mann starb. Aber statt der schwerbedrängten Witwe eine Unterstützung zukommen zu lassen, zog der Agrarier noch das ihr verbleibende Krankengeld ab. Es muß noch viel gearbeitet werden, um dies Herrenmenschen zum Besten zu bringen.

Glückstadt. Vom Starkstrom getötet. Auf der Eisenbahn-Nebenstraße war der Maschinen-Aspirant Buhm mit Arbeiten an der elektrischen Bahrmaschine beschäftigt, als der Strom ausfiel. In dem Augenblick, als der Strom nun wieder einsetzte, muß der junge Mann der Starkstromleitung zu nahe gekommen sein. Er erhielt einen elektrischen Schlag, der ihn auf der Stelle tötete.

Schwerin. Schwerin bleibt Landeshauptstadt. In der ersten Sitzung der Landtagskommission zur Beratung des Verfassungsentwurfes für den Freistaat Mecklenburg-Schwerin ist einstimmig beschlossen worden, eine Bestimmung dahin in den Entwurf aufzunehmen, daß Schwerin Landeshauptstadt und Regierungssitz bleibt.

Bremen. Es gibt keine Ruhe. Donnerstag verbreitete der Telegraph folgende Meldung: Der Generalkreis kann als beendet angesehen werden. Die Verhandlungen der vorläufigen Regierung mit dem 2ter Ausschuh endeten damit, daß alle Gefangenen, gegen welche das Verbrechen des Aufruhrs vorliegt, freigelassen werden. Ebenfalls wurde folgendes gebietet: Die Lage in Bremen hat eine neue ernste Wendung genommen. Nachdem die provisorische Regierung die politischen Gefangenen freigelassen und nachdem dadurch der Generalkreis ein Ende gefunden hatte, kommen die Unabhängigen und Kommunisten, wie vorausgesehen war, mit neuen Forderungen. Sie haben in einer Versammlung beschlossen, an die provisorische Regierung die Forderung zu stellen, daß die Stadtmehrheit sofort aufgelöst wird und verlangen ferner die Anerkennung des 2ter-Ausschusses als Vertretung der Arbeiterschaft und den Rücktritt der provisorischen Regierung und Wiederbesetzung des A- und S-Rates. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß die provisorische Regierung diesen Forderungen nachgeben wird. Donnerstag abend wurde auch der langjährige und geschätzte Führer der Unabhängigen Grafenkiwitz verhaftet. Die Unabhängigen stellten in ihrer Versammlung die Forderung, ihn sofort wieder freizulassen und drohten, im Weigerungsfalle mit allen verfügbaren Mitteln ihre Forderung durchsetzen zu wollen.

Gewerkschaftsbewegung.

Schiedspruch im Berliner Warenhausstreik. Am Montagetage der Schlichtungsausschuh für Groß-Berlin, der aus gleichen Teilen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzt, ist, um über die kritische Frage der von den Warenhausangestellten geforderten Bezahlung der Streiktage einen Schiedspruch abzugeben. Die Bezahlung der Streiktage, die von den Transportarbeiterverbänden gefordert wurde, entschied der Schlichtungsausschuh dahin, daß die Arbeitgeber nicht zu einer Bezahlung verpflichtet seien, dagegen müssen Zulagen zu dem Gehalt schon vor Januar 1919 abgezahlt werden. Die bisher gegebenen Zulagen dürften nur auf das Gesamtgehalt in Anrechnung kommen und eine Kürzung der bisherigen Zulagenzulage nicht stattfinden. Beide Parteien nahmen von dem Spruch des Schiedsgerichts Kenntnis und werden ihn, sobald das Urteil schriftlich ausgeteilt ist, ihren Interessenten mitteilen.

Neueste Nachrichten.

Berliner Vollzugsratsmitglieder in Weimar. Weimar, 7. März. Die Abordnung des Berliner Vollzugsrats ist gestern hier eingetroffen, um der Regierung die Forderungen der Berliner Streikenden vorzulegen. Die Beratungen begannen sofort unter dem Vorsitz des Staatsministers Bauer.

Skandinavien?

Amsterdam, 7. März. Wie aus London gemeldet wird, erklärte der Staatssekretär für den Krieg, Churchill, im Unterhause in der Verantwortung auf eine Anfrage, die englische Regierung werde die deutschen Kriegsgefangenen so rasch als möglich nach Frankreich und Belgien, um sie sofort dort arbeiten zu lassen. (Diese Nachricht bedarf nach des näheren Aufschlusses, da eine derartige Behandlung der deutschen Gefangenen in England bis heute nicht zur Sprache gekommen ist. Red.)

Bolschewistische Zust.

Malmö, 7. März. Nach einem Bericht der Times meldet das amtliche Organ der Moskauer Regierung, „Iswestija“, daß am 26. Februar 17 Oberoffiziere, darunter 2 Generale und 5 Obersten auf Befehl des ausführenden Ausschusses erschossen wurden, weil sie ihre Stellung bei der bolschewistischen Militärverwaltung dazu benutzten, Desertionen von Offizieren nach der Ukrainefront und der Donfront zu erleichtern. Der Chef des bolschewistischen Marinestabes, Seehrens, und 12 andere Offiziere wurden unter der Beschuldigung, zugunsten der Entente Verrat begangen zu haben, verhaftet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion kein Publitum gegenüber dem Leser.)

Senat und ungeteilte Dienstzeit.

Obwohl sich kürzlich die gesamte Beamtenerschaft, mit Ausnahme ganz weniger Herren, die eine Aenderung ihrer Lebensgewohnheiten glauben nicht vertragen zu können, für die Einführung der durchgehenden siebenstündigen Dienstzeit ausgesprochen hat, scheint die Angelegenheit im Senat doch wenig Gegenliebe zu finden. Die Forderung nach ungeteilter Dienstzeit ist seit langen Jahren von der Beamtenerschaft immer wieder erhoben worden. Wir können nicht glauben, daß der Senat das fest-

stellen der Beamten, ihre alte Forderung endlich durchzusetzen, abermals nicht respektieren wird und hatten es für unsere Pflicht, vor einem solchen Schritt zu warnen. Die Beamten haben ihre berechtigten Wünsche stets in durchaus angemessener Weise zu Gehör gebracht in der Erwartung, den Senat auch ohne Anwendung anderer Mittel zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Sie konnten durch das Verhalten des Senates leicht auf einen anderen Weg gewiesen werden. Mehrere Beamte.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Feststellung und Ablieferung der Feldfruchtvorräte.

Auf Grund der Verordnung über den Ausdruck und die Ablieferung von Feldfrüchten vom 2. Januar 1919 sollen die noch im Besitz der Erzeuger befindlichen auf Grund der Reichsgetreideverordnung beschlagnahmten Vorräte an Feldfrüchten einschließlich Kartoffeln und deren ablieferungspflichtigen Mengen im Laufe des Monats März d. J. festgesetzt werden.

Mit der Feststellung sind folgende Ausschüsse beauftragt:

Bezirk:	Ausschuhmitglieder:
1. Gemeinden Tromm, Groh- und Klein-Schretflaken, Nigertau, Bogensee und Nusse	Privatmann Friedrich Dahmke Arbeiter F. Bubert in Groß-Schretflaken Arbeiter Joh. Otto in Nusse
2. Gemeinden Rehlendorf, Eolstedt, Altsfelde, Giesendorf, Harmdorf, Sirkarode und Dückelsdorf	Privatmann P. Richelsen Arbeiter O. Kirsch in Altsfelde
3. Gemeinden Wulfendorf, Peisdendorf, Blankensee, Strecknisch, Schattin, Utecht und Weeloe, Vorstadt St. Jürgen und Innere Stadt	Privatmann Otto Boysen Arbeiter W. Lebermann in Mänthof Arbeiter W. Hecht in Utecht
4. Gemeinden Vorrade, Niederbissau, Oberbissau, Niendorf, Reede, Kronsförde und Krummesse, Stadtteile Moisling und Genin	Privatmann L. Bahneke Bogt Möller, Hof Niemar
5. Gemeinden Kurau, Dissa, Walfendorf, Krumbek und Schönböden, Stadtteile Norwerk und Krempeleldorf, Vorstadt St. Lorenz	Privatmann Emil Horstmann Arbeiter August Höppner in Krempeleldorf
6. Gemeinden Broden, Teutendorf, Rönnau, Fvendorf, Böppendorf und Zummersdorf, Stadtteile Travemünde, Kücknisch, Herrnmühl, Siemds, Dänischburg und Schlutup, Vorstadt St. Gertrud	Privatmann Ernst Röttger in Porwerk Arbeiter K. Brade, Karlsdorf

Die Mitglieder der Ausschüsse sind befugt, alle Räume und Vertheilungen, wo Vorräte der oben bezeichneten Art verwahrt sein können, zu betreten und dieselben auf die Ermittlung der Vorräte und der ablieferungspflichtigen Mengen erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Zu diesem Zwecke ist ihnen jede verlangte Auskunft zu geben. Die Unternehmer der landwirtschaftlichen Betriebe, sowie deren Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben den Ausschuhmitgliedern auf Erfordern bei Feststellung der Vorräte Hilfe zu leisten.

Die ablieferungspflichtigen Mengen sind von dem Besitzer auszufordern und bis zu dem von dem Vorsitzenden des Ausschusses zu bestimmenden Tage an den zuständigen Kommissionär abzuliefern. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die ablieferungspflichtigen Mengen zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 80 der Reichsgetreideverordnung bestraft.

Lübeck, den 4. März 1919.
Das Landesverorgungsamt.

Abgabe von Del an Buchedernsammler.

Auf die vom hiesigen Holzamt gegen die Einfuhr von Buchedern ausgestellten Delbezugsheine können die in den Bezugsheinen angegebenen Delmengen von Montag, den 10. März ab gegen Ablieferung der Bezugsheine bei der Firma Heinrich Heidenroth, Am Markt 15, hierseits, in Empfang genommen werden und zwar für die Bezugsberechtigten, deren Zunamen anfangt

mit den Buchstaben	A B C D E F G H J K L M N O P Q R S T bis Z	am Montag, dem 10. März am Montag, dem 10. März am Mittwoch, dem 12. März am Donnerstag, dem 13. März am Freitag, dem 14. März am Sonnabend, dem 15. März am Montag, dem 17. März am Dienstag, dem 18. März
--------------------	---	--

Für die Driskanten Kücknisch, Schlutup und Moisling sind besondere Abgabestellen eingerichtet, bei welchen das Del an den vorstehend genannten Tagen in Empfang genommen werden kann, und zwar in Kücknisch bei Paul Halupka, in Schlutup bei Heinrich Thielbahr, in Moisling bei J. Spötter.

Für Sammler, welche die Buchedern bei den Sammelstellen Behlendorf, Nusse oder Groß-Schretflaken-Tramm eingeliefert haben, wird das Del gegen Abgabe der Delbezugsheine von Donnerstag, den 13. März ab abgegeben, und zwar in Behlendorf bei J. Drenthahn, in Nusse bei J. Suhlert, in Groß-Schretflaken bei Heinrich Groth.

Der Preis des Deles beträgt Mt. 17,- für das Kg. bezw. 17 Pfennig für je 10 Gramm.

Gefäße sind mitzubringen. Für kleinere Mengen empfiehlt es sich, nicht Flaschen, sondern Töpfe zu nehmen.
Lübeck, den 5. März 1919.
Das Landesverorgungsamt.

U. u. S.-Rat und Landesvorstand.

Genin, den 4. März 1919.

In nächster Zeit werden größere Mengen Kartoffeln der Bevölkerung überwiesen werden, sodas bei sparsamer Wirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln gesichert sein wird. Die Schwierigkeit der Beschaffung dieses wichtigen Lebensmittels legt uns in Zukunft auf eine schärfere Kontrolle und größeren Anbau der Kartoffel Bedacht zu nehmen. Jede Unzufuhr von Frühkartoffeln muß verboten, jeder Verkauf von Frühkartoffeln als Frühkartoffeln schwer geahndet werden. In allen Kreisen ist im Vorjahr hierin gehindert worden.

Danbar erkennen wir an, daß die Landwirtschaftskammer ihren Mitgliedern zur Nicht-macht, von 10 Tonnen Ackerland mindestens 2 Zentner Kartoffeln abzuliefern.

An die Landleute der Provinz werden wir uns mit der weiteren Bitte: Gebt den kleinen Leuten Kartoffelland in möglichem Maße, die Rute höchstens gedüngt zu 1.20 Mt. ungedüngt zu 70 Mt., damit sie den größten Teil ihres Bedarfs selbst gewinnen können. Es wird hierdurch eine große Vertheilung in die Bevölkerung gebracht werden. (10177)

Mahlstedt, Riek

Brennholz

in Kloben von 20 cm Länge
aus löschendem Kahn
zum Preise von 5.75 Mk. pr. Ztr.
frei Haus, bieten an

Piehl & Fehling
Kohlen-Abteilung Mühlenstr. 48
Fernsprecher 1033. 10148

Lederwaren

kauft man am besten und billigsten in der
Lederwaren-Fabrik
F. Fränkel, Breite Straße 54. 10119

Sandarenthalt für Stadtkinder.

Anmeldungen werden ausschließlich in den Schulen und zwar bis zum 22. März d. J. entgegen genommen. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.
10140 Das Jugendamt.

Verkauf von Fässen, Abfalleder, Sohlen

am Sonnabend, dem 8. März
von 9 bis 4 Uhr.
Königsstraße 19, Zimmer 8.
Kriegshilfe. (10166)
Abt. Schuhfabrik.

2 Hobelbänke sowie Tischler- handwerkzeug gesucht.

Otto West, Rixstr. 41.
Verarbeitend, Nachmittags
Nachmittags, Nachmittags
Nachmittags (Handarbeit) zu verkaufen
(10158) Glandorferstr. 44 1. Et.

Ein Edelmetall

zu verkaufen. (10168)
Schwarzwasser Allee 223

Prof. Dr. Deycke

zurück. (10152)
Sprechstunde 2 1/2 - 4 Uhr.

Altes Gold u. Silber

sowie Gebisse und Münzen
mit gekauft. (10114)
Joh. Tollgreve, Goldschmied,
92. Königsstr. 92.

Taschenuhren Schmucksachen Verlobungs- ringe Willi Westphal

32 Holstenstr. 32

Kaufgarn

ohne Karten bei
C. Grimm Nachf.,
Beder u. Schäftehandlg.
10128

Übernahme sämtlicher Dachdecker-Arbeiten.

Selbst Ausführung.
Sittliche Berechnung.
H. Krüger,
Dachdeckermeister, (10106)
Kl. Schranzen 20-22.

Extra Blockwagenräder stark eingetrunken

(10155) Sand-
E. Blesath Wwe, Straße 9.

Haarspezialgeschäft

Anfertigung
antiker Haararbeiten.
Sowie jeden Volles angef. Haar.
H. Klempau,
Fährhaus 14. (10105)

Ohne Karten! Fleischsülze

täglich frisch (10150)
Deutscher Butterhandlung,
Beckergrube 9.

Colosseum

Sonnabend, dem 8. März:
Großer Ball
Anfang 6 Uhr. (10135) Ende 1 Uhr.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Warenabgabestelle für Manufakturwaren
Königstrasse 111.

Zur Konfirmation

empfehlen wir:

Kleider, Blusen, Kostümstoffe
in verschiedenen Preislagen und Farben.

Untertailen, Unterröcke,
Hemden, Beinkleider.

Handschuhe

schwarz, weiß, farbig

Strümpfe

schwarz, weiß

Schürzen

schwarz, weiß, farbig.

Vorhemden, Kragen, Schlipse,
Strümpfe, Socken,

Hosenträger

zu verschiedenen Preisen. (10136)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4, Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Cubeca

Sauerfohl

1 Pfd. 25 St. 10 Pfd. 2.30 Mk.;
Salzgurten
1 Pfd. 1.80 Mk.; (10156)

Feste Bohnermasse

Loth 3.50 Mk.;
Flüssige Bohnermasse
1 Pfd. 3 Mk. 5 Pfd. 14 Mk.
Eduard Speck, Rixstr. 80/82.

Extra starke Hand- Blockwagen

3-8 Reiter Tragkraft.
Karl Schulmerich
10121 Mühlenstr. 28.

Ausgeämmtes Frauen-Haar

kauft bis 8 Uhr.
Auffäufer beschlagener Haare
Lichtenstein, Friseur,
Gr. Bismarckstr. 11. (10159)

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64. (10101)

Beste Bezugsquelle für
erstklassige

:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Bilderleisten

einrahmungen
Oscar Fauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Kastenblockwagen

besonders hart, billig. (10122)
Beckergrube 5 II.

Außerordentliche General-Versammlung

des
Vereins der Musikfreunde
in Lübeck
am Freitag, dem 12. März
nachmittags 6 Uhr
im Hause Königstraße 5.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen zwischen Vorstand und Orchester.
2. Genatl. Renouveau des Vorstandes.
10141 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Moisling,
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 8. März
abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Siemers,
Kaffeekhaus.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Gen. Meyer von der Bürgervereins-Versammlung am 3. März.
3. Weitere Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
10127 Der Vorstand.

Einladung zum Ball

des
Gesangsvereins „Liedeslust“
am Sonnabend, dem 8. März
im Lokale „Friedrichshof“.
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Friedrich-Franz-Halle.

Sonnabend,
den 8. März:
Familien-Ball.
Anfang 6 Uhr.
Ende 1 Uhr (10174)

Hansa-Halle.

Der Maskenball findet am
8. März nicht statt. (10160)
Sonntag, den 9. März:
Großes Tanzfrühchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.

U. S. P.

Ortsgruppe Kücknitz.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 8. März
abends 5 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn K. Jürgens,
Gasthof „Zum Anker“.

Die wichtige Tagesordnung,
ist das Erscheinen aller Genossen
dringend erwünscht.
Renouveau deselbst.
10154 Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Moisling,
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 8. März
abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Siemers,
Kaffeekhaus.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Gen. Meyer von der Bürgervereins-Versammlung am 3. März.
3. Weitere Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
10127 Der Vorstand.

Mekelbörger Plattdütscher Verein.

Sünnab'nd, den'n 8. März:
Fas'lab'ndfier
(Gro't'n Bur'n-Ball)

in dei „Zentralhall'n“ (W. Neß) Dankwartsgrauw
Bei Kass' ward Klock 1/27 upmakt, Klock 7 geiht' los.
Enn' Klock 1.

Intritt för Mannslüd' 2.- Mk., för Frugslüd 1.- Mk.
Hiertau lad't hartlichst in
Bei Vörstand.

Dorüm an'n Sünnab'nd all'ns up dei Bein nah dei Mekelbörger
in dei 10188

Zentralhall'n.

Achtung Kegler!
Heute, morgen und Sonntag
Schlußtage des Gelbpreislebens
bei (10177)
Brüggemann, Schwarzwasser Allee 14 a u.
Strohkar, 92.

Einfab 50 Pfg. und 1 Mk.
Erscheint in Massen.

Adlershorst.

Morgen Sonnabend, 8. März
Großer Ball.
Anfang 6 Uhr. 10175 Sammelkomp. 1/162.

Ball- u. Gesellschaftshaus
„Zur schwarzen Dohle“
Hundestr. 41.

Gr. Benefiz-Ball
für die Bedienung
am Sonnabend, dem 8. März. Anfang 7 Uhr.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Nach 10 Uhr verstärktes
Orchester. Hierzu ladet freundlichst ein
10169 Die Bedienung und Friedr. Lender.

Preis-Skat

am Sonnabend, dem 8. März
abends 8 Uhr (10161)
bei F. Wulff, Gr. Burgstr. 21

Gr. Preis-Stat

am Sonntag, dem 9. März
nachmittags 4 Uhr. (10166)
Hierzu ladet freundlichst ein
F. Leekes Restaurant
Vorwerk, Bogenstr. 7.

Restaurant Zum alten Tivoli

Wakenitzmauer 9
Empfehle täglich Speisen von
prima Rohfleisch. 10170

Masken-Ball

der
Fackenburg Liedertafel
am Sonnabend, d. 8. März
im Lokale des Herrn L. Paetow
Fackenburg.

Eintritt für Herren 2 Mk.,
eine Dame frei.
Masken 1 Mk.

Anfang des Balles 7 Uhr.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Maskenzug um 8 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein
10169 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Frisch auf“, Moisling.
Sonntag, dem 9. März:
Groß. Ball
verbunden mit
Kappenfest
im Lokale des Herrn Siemers,
Kaffeekhaus Moisling.
Anfang 6 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
10128 Das Komitee.

Hansa-Theater.

Sonnabend, abends 7 Uhr:
Doppelgastspiel
Trude Steinhagen und
Edgar Pauly. 10189

Die lustige Witwe.

Operette von Franz Lehár.
(Vorzugskarten gültig.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Dornröschen.
Abends 7 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Mit Edgar Pauly a. G.
Montag: Die Czardasfürstin.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 10149
Freitag, den 7. März:
21. Vorstellung im Freitag-Ab.
Traviata.
Oper in 3 Akten v. G. Verdi.
Sonnabend, den 8. März:
Die Fledermaus.
Sonntag, den 9. März,
vormittags 11 Uhr:
Kammerspiele Friedrich
Neubauer:
Mutter.
Der Herrgottsbauer.
Nachmittags 3 Uhr:
Die spanische Fliege.
Abends 7 Uhr:
Traviata.
Dienstag, den 11. März:
Der heilige Florian

Der Parteitag der Unabhängigen.

Aus der Montagabend-Sitzung ist noch ein Referat Däumigs über das Räte-System nachzutragen. Die bisherigen Räte-Institutionen sind nach Däumig nur kümmerliche Anfänge. Die Anhänger des Räte-Systems verhalten sich nicht der Erkenntnis der Tatsachen, daß während politischer und wirtschaftlicher Kriegerisikositäten teilweise gewisse Klassen von dem politischen Mitbestimmungsrecht ausgeschlossen werden müssen. Die Ausführungen Däumigs finden ihren Niederschlag in einer Resolution, die kurz folgende Grundzüge enthält: „Der Verlauf der Revolution hat das Proletariat dahin gebracht, daß sein Befreiungskampf nur mit einer proletarischen Kampforganisation geführt werden kann. Diese Organisation sind die Arbeiter- und Soldaten-Räte. Nur sie können die Sozialisierung durchführen und der Unfruchtbarkeit des bürgerlichen Parlamentarismus ein Ende machen, den Verwaltungsapparat des alten Obrigkeitsstaates beseitigen und das Selbstverwaltungsrecht des Proletariats in den Betrieben und in der Verwaltung garantieren. So lange die Arbeitermassen noch nicht geschlossen für eine Diktatur des Proletariats gewonnen sind, hat die Unabhängige Partei alles zu tun, die revolutionären Rechte der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte zu verteidigen und zu erweitern.“

Dienstag sprach Kautsky über die Berliner Verhandlungen. Mit der Ansicht, daß die Sozialdemokratie bei einem Kriege zu ihrem Lande stehen muß, stand die deutsche Mehrheitspartei allein. Der Völkerverbund, wie er jetzt in Paris gemacht wird, ist eine Fiktion. Er muß unter dem Druck des Proletariats aus einem Bund der Regierungen zu einem Bund der Volksvertretungen umgestaltet werden. Wir können es nicht billigen, daß nur die deutschen Kolonien unter internationale Verwaltung gestellt werden. Alle Wirtschaften müssen international bewirtschaftet werden. In der Frage der Schuld am Kriege gelang es nicht, von den deutschen Mehrheitssozialisten eine klare Erklärung zu erlangen, daß sie durch ihre Politik am Kriege mitschuldig seien. Die englischen und französischen Genossen erklärten, nichts schwerere ihnen die Vereidigung des deutschen Volkes in ihren Ländern mehr, als die Forderung der deutschen Mehrheitssozialisten. Die internationale Konferenz hat gezeigt, daß in der Haltung der englischen Arbeiter eine vollständige Wendung zugunsten des internationalen Sozialismus vor sich gegangen ist. Sie sind sich im Kriege ihrer Macht und der Bedeutung des Sozialismus bewußt geworden. Deshalb können wir bedeutende Wandlungen in England erwarten. Dort sind die Bedingungen für die Sozialisierung günstiger wie in Deutschland. Die Internationale war bisher nur eine Institution zur Propaganda des Sozialismus. Jetzt muß sie eine Institution zur Durchführung des Sozialismus werden.

Frau Zetkin führte aus, es wäre richtig gewesen, gleich zu Beginn der Revolution den Kampf gegen das Privateigentum auf der ganzen Linie zu eröffnen. Man hätte jedoch eine gelehrte Kommission eingesetzt, und so aus der theoretisch-politischen Frage der Sozialisierung eine wissenschaftlich-theoretische gemacht. Das Verhalten Haases und Kautskys sei ein politischer Sündenfall. Das Zusammengehen der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten in der Regierung sei ein Umding gewesen. Den Regierungsapparat in seiner alten Form hätte man vor allem hinwegzuwerfen und die Verfassung auf dem Räte-System aufbauen müssen. Denn die Frage dürfe nicht lauten: „Demokratie oder Diktatur“, sondern vielmehr richtig: „bürgerliche oder proletarische Demokratie.“ Klara Zetkin erklärte, es wäre ein Verbrechen, wenn wir den Massen verheimlichen würden, daß sich der Sozialismus nur unter „großen“ Schwierigkeiten durchsetzen läßt. Wenn auch die Massen noch nicht reif sind, so wird die Leiste in der praktischen Arbeit schon kommen. Sie macht den Unabhängigen den Vorwurf, daß sie keine entschiedene Politik getrieben hätten. Die Teilnahme der Unabhängigen an der Berliner Konferenz hat den Wiederaufbau der Internationale verhindert. Sie haben die Massen getäuscht, indem sie durch das Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten den Glauben erweckt haben, es könnten die Mehrheitssozialisten der Internationale noch anhängen. Die Unabhängige Partei ist ein Abfallprodukt aus dem Zerfallsprozess der alten Sozialdemokratie. Sie trägt den Stempel des Zerfalls an der Stirn. Ich sage im Gegensatz zum Vorgesetzten Barth: die Lohnbewegungen werden zu revolutionären Kämpfen. Wir müssen in diesen Kämpfen die führende Rolle übernehmen, um die Welt revolutionär zu verändern.

Breitscheid-Berlin beantragte, in die Programmänderungen aufzunehmen: Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit, Ausdehnung der Bergesellschaft auf die Großbanken, Annullierung der Kriegsanleihe bis zu einer gewissen Höhe, etwa 20 000

Mark. Weiter beantragte der Redner die Einlegung eines Staatsgerichtshofes zur Aburteilung der am Kriege Schuldigen. Es wird niemand in diesem Saale sein, der sich nicht zum Räte-System bekennt. Manchem von uns ist der Weg zu dieser Erkenntnis nicht leicht geworden. Wir müssen uns freimachen von der Illusion, daß wir durch den Stimmzettel zur Gleichheit kommen können. Dikmann-Frankfurt a. M.: Der Parteitag muß zum Ausdruck bringen, daß von einer Einigung der Parteien keine Rede sein kann.

Vogt-Genoa: Der Ruf nach Einigkeit geht bei uns nicht aus von den Literaten, sondern er kommt aus den Massen in den Städten, wo die Proletarier im Bruterkampfe stehen. Die Erkenntnis, daß dieser Kampf für uns verberlich ist, hat das Verlangen nach Einigkeit gebracht. Wir müssen die Hand zur Einigung stecken. Sie muß aber auf revolutionärer Grundlage erfolgen.

Barth-Berlin: Ich bin angenehm enttäuscht, denn wenn die Entwicklung so weitergeht wie bisher, werde ich bald den rechten Flügel der U. S. P. bilden. Der Gedanke des Räte-Systems hat sich erstalltlicherweise immer weiter verbreitet. Der Hunger und das Geld, was mir in den nächsten Monaten zu erwarten haben, wird das Proletariat zusammenzwingen. Das Recht auf Arbeit müssen wir haben. (Haase: Das ist ja in Weimar von einem Mehrheitssozialisten verkündet.) Natürlich können wir, wenn wir die Macht in der Hand haben, den Massen nicht mehr geben, wie wir haben und was wir haben, das ist sehr wenig, beinahe gar nichts. Der Redner sprach über seine Regierungszeit und sagte, Ebert und Scheidemann seien nicht die schlimmsten.

Kunert-Berlin erklärte es als widersinnig, wenn eine Minderheit des Volkes die Mehrheit beherrschen wolle. Er hält das Räte-System nur für den Fall durchführbar, daß sich eine starke Mehrheit der Arbeiterklasse und damit die Mehrheit des ganzen Volkes dafür erklärt.

Ernst-Hagen bedauert, daß die Unabhängige Partei den Spartakisten zuviel Konzessionen mache. Es müsse ein scharfer Strich nach rechts gezogen, aber auch gelagert werden, was die Unabhängigen von den Kommunisten trennt. (Rufe: Gar nichts!) Wenn es so ist, dann müssten wir uns möglichst schnell mit den Kommunisten verschmelzen. Aber es ist nicht so. Klara Zetkin sagte der Redner, sie spreche nur aus der Theorie und ferne die Praxis nicht. Sie sollte sich einmal vier Wochen im Industriegebiet aufhalten, dann würde sie sehen, daß die Verhältnisse anders sind, als wie sie sie darstellt. (Zurufe:) Ach, wenn man nicht immer radikal vorst, dann wird man als Bremser und Angstmeier hingestellt.

Mittwoch-Vormittag-Sitzung.
Die Diskussion über Taktik und Programm der Partei, zu der sich 71 Redner gemeldet hatten, wird fortgesetzt.

Regina-Hamburg: Der Vortrag Däumigs hat uns enttäuscht. Was er uns gesagt hat, ist schon in den Zeitungen und Zeitchriften behandelt worden. Die Einigung ist notwendig. (Widerpruch.) Die Masse draußen ist sich darüber einig, daß die Arbeiterklasse solange nichts erreichen kann, wie sie gesplittet ist. Es sind unverantwortliche Schlüsse, wenn von Einigungsgesprächen gesprochen werden ist. (Großer Lärm.) Wer Verantwortungsgesühl hat, darf es nicht sprechen! (Großer Lärm.) Man darf nicht nur harte Trennungsforderungen nach rechts ziehen, man muß auch die Grenzen nach links abstecken. Ich habe aus der Diskussion viel nach dem Eindruck gehabt, daß gerade die Radikalen eine geradezu kindliche Angst davor haben, nach links anzugehen. (Stiller Widerpruch.) In Hamburg haben die Linksradikalen den Generalstreik beschlossen. Dabei machten sie Anstalten, die Druckorgel anderer Blätter zu demontieren. Das ist ein gefährliches Spiel, jedoch erschien auch während des Generalstreiks (Stille mit Unterbrechungen.) Sie können schreien so viel Sie wollen. Sie schaffen damit nicht die Tatsache aus der Welt! Ich habe immer erlebt, daß hinter den größten Schreier das Wenigste steht. Man vergißt zu leicht, daß es in Deutschland auch noch andere Machtfaktoren gibt, mit denen jeder Politiker rechnen muß. Die meisten Arbeiter- und Soldatenräte sind heruntergekommen zu Disziplinungskomitees letzter Sorte. (Starker Lärm.) Sie können lächeln so viel Sie wollen! Ich bin nicht nach Berlin geschickt worden, damit ich mir ihren Beifall erwerbe. (Während dieser ganzen Ausführungen dauerte der Lärm fort.) Wie stellen sich die verschiedenen Redner, die hier so radikale Forderungen erhoben haben, eigentlich die Verwirklichung dieser Forderungen vor? Darüber haben uns alle diese Redner im unklaren gelassen. Breitscheid hat unter anderem die Verpeflichtung der Großbanken gefordert. Das ist leicht gesagt. Wer aber das Bantwesen kennt, der ist mit diesen Dingen nicht so leicht fertig. Genau so steht es mit der Forderung der Annullierung der Kriegsanleihe. (Lärm und Widerspruch.)

Neumann-Biershof: Wir haben es veräumt, unsere Parteigenossen darüber aufzuklären, was zu tun sei, wenn man einmal die politische Macht erlangt haben würden. Auch die Unabhängigen sind um diese Frage herumgegangen, wie die Frage um den heißen Brei. Die Vorschläge, die wir jetzt über die Sozialisierung hören, zeigen meistens Anläufe an die Praxis des Dr. Eisenhart. Es liegt bei uns genau so wie in Russland, wo das Proletariat mit dem Eintritt der Revolution auch nicht der Sache gewachsen war. Wir müssen alles tun, um die Arbeiterschaft einzuführen in die komplizierte Welt der Produktion.

Berg-Wilhelmsbaven: Der Wert des Räte-Systems liegt nicht auf wirtschaftlichem als auf politischem Gebiete. Wir werden über kurz oder lang noch nicht zum reinen Räte-System kommen können. Ebenso wenig werden uns Generalstreiks die Räte-Republik bringen. Wer uns erzählt, daß die Arbeiterräte zur Zufriedenheit gearbeitet hätten, kennt die Dinge nicht. Ich habe vom Reichsmarineminister Schriftstücke gesehen, die die Unterwürigkeit des Genossen Boaherr trugen und die einfach banalsten waren! Das soll kein Verwurf sein, sondern nur ein Beweis dafür, daß es einfach nicht angeht, von jedem, dem man eine Funktion überträgt, die volle Erfüllung dieser Funktion zu erwarten, wenn er mit den Dingen nicht vertraut ist. Der Redner erklärte sich sodann für die allgemeine Annullierung der Kriegsanleihe. (Rufe und die Krankenlassen?) Ja, mit den Krankenlassen ist es allerdings eine andere Sache. Die Disziplin in den Betrieben ist in dem Augenblicke gefährdet, in dem man den Arbeitern Annullierung der Anleihe mit dieser oder jener Anordnung verfolgt wird. Wir haben mit diesem System die besten Erfahrungen gemacht.

Franz-Zieg: Ich gehöre zu den Sündern, die seinerzeit anderen Genossen empfohlen haben, in die Regierung einzutreten. Zu meiner Verurteilung habe ich kein Wort der Kritik darüber gehört, daß unsere Genossen in die einseitigsten Regierungen eingetreten sind. Es ist mir schwer geworden, meine Zustimmung zu dem Eintritte zu geben und ich war heilfroh, als die Unabhängigen aus der Regierung wieder austreten. (Gelächter.) Die Rednerin kam schließlich auf die Rätefrage zu sprechen und führt aus, daß sich Räte-System und Parlamentarismus nicht ausschließen, sondern das beide nebeneinander arbeiten müßten.

Haase: Unsere Taktik muß nur dem Gedanken getrieben sein, durch unangelegte Arbeit die Massen zu gewinnen. Der Wert des Parlamentarismus liegt für uns darin, daß er die Massen aufrüttelt und politisiert. Die Vorbereitungen zu den Wahlen sind Massenaktionen. Wir müssen nicht zu viel nach links schielen.

Dikmann erklärte, schon die Erfolge bei den Kommunalwahlen würden die Beteiligung an den Wahlen rechtfertigen. Als uns die Mehrheitssozialisten nach dem 9. November den Eintritt in die Regierung anboten, konnten wir nicht ablehnen. Hätten wir abgelehnt, so hätten wir den Mehrheitssozialisten eine scharfe Waffe gegen uns in die Hand gesteckt. Die Mehrheitssozialisten waren am 28. Dezember bereit, zwei von ihren Leuten in der Regierung zu opfern, um uns in der Regierung zu halten. Wären unsere Genossen in den Zentralkomitee eingetreten, so hätten wir dort auch die Situation beherrscht. Es ist ein Fehler, daß die Arbeiterklasse gespalten ist. Allerdings ist die Einigung nicht auf einem vermaßten Boden möglich.

Am Schluß der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Gabriel-Konstanz hielt Haase folgendes vor: Eine Anzahl politischer Flüchtlinge hätten sich von der Schweiz aus an Haase mit der Bitte gewandt, er möge dafür sorgen, daß ihnen die Einreise nach Deutschland gestattet werde. Unter den Flüchtlingen befand sich eine große Anzahl Deserteeure. Nach dreizehn Tagen traf von Haase die Antwort ein, die besagte, er habe die Angelegenheit dem Kriegsministerium übergeben. Hier sprach Haase auf und beichtigte den Redner in heftiger Erregung der Unwahrheit. Dieser antwortete, er habe den Brief mit der Unterschrift Haases in den Händen.

Aus Nah und Fern.

Schwerer Unfall eines Hamburger D-Zuges. Am Donnerstag morgen entgleiste auf dem Bahnhof Sankt Nikolai der Hamburger D-Zug, der nachmittags 8.16 Uhr aus dem Hamburger Hauptbahnhof eintrifft sollte. Eine schadhafte Weiche legte sich während der Fahrt um und trennte den Zug in zwei Teile. Ein auf dem Nebenaleis fahrender Güterzug fuhr auf einen mittleren D-Zugswagen auf. 10 Personen wurden schwer verletzt. Auch der Güterzug wurde schwer beschädigt: 8 bis 16 Wagen liegen zertrümmert auf dem Bahndamm.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Und dann: Felixas Schicksal! Zwar besand sich ja deren Mutter damals — das heißt im Augenblick gerade dieser Erwägungen Danielas noch am Leben, aber ihr elender Zustand ließ auch nicht die mindeste Hoffnung auf Erhaltung derselben.
So war für Daniela, die Berta ja gleich von Anfang an in Herz geschlossen hatte und schon jetzt in manchen Stunden reichlich für sie sorgte, die herrliche Gelegenheit da, nicht nur die Mißgunst des Vaters an dem Kinde gutzumachen, sondern auch eherwähnten, zertrümmerten Mutter den Trost mit in die Welt zu geben, daß sie ihr liebes kleines Mädchen wohlverwahrt in seiner Obhut zurücklasse.
Keteres war denn auch beim Tode der Frau Nicke geschieden, Mitwittlerin davon einzuweisen nur Noia.
Die Hochzeit wurde im alten Heim Danielas, ganz in einem igtigen Kreise von Freunden gefeiert. Nur Oberregisseur Jung-ayr nebst Gattin waren geladen. Doktor Rittershaus, zwei Ehepaare aus der Gesellschaft, mit denen die Braut von jeher in ihrem Verkehr stand, sodann einige junge Mädchen und Herren, in ihrer Spitze Jenny Kofland und Willi Cornelius als erste zautjungler und deren Jünger.
Während die Gäste auch in später Nachtstunde noch vergnügt zusammen weilten, führte ein D-Zug das junge Ehepaar bereits rasender Eile über Frankfurt-Basel den Naturwundern der Schweiz zu.
Den Genjer See an der Seite ihres neu angetrauten Gatten besuchten, dabei selbst einige Wochen in ihrem Dolce-farniente unbeschritten seine engle Gemeinshaft sowie ein himmlisches Stück die zu genießen, war der schnellste Wunsch Danielas gewesen, er sich nun auch erfüllte.
Zwar war die Jahreszeit für die ausgesprochenen Frühjahrs-rie Montreux-Lerdiel schon reichlich vorgeschritten. Die esfahr arg hohen Thermometerstandes lag nahe, aber über-erheit gab es ein Glion, ein Caux, ein Rochers de Naye, diese rklärtesten Höhenkurven der Welt sozusagen. Auf ihren aus-htsweisen, luftigen Plateaus fanden sich jederzeit Plätzchen, um r Schuß vor den sich allzu deutlich fühlbar machenden Sudring-heiten der lieben Sonne und ihrer Wirkung zu suchen.
So wählten denn auch Herr Kofaschel und Frau Gemahlin s märchenhaft schöne Caux zum Aufenthalt für zunächst vier-ü Tage. Sie nahmen ihn im Grand Hotel, einem Wusteraaf- für selbst hochgehende Ansprüche, auf besondere Bekanntschaft r über Dampfbootbekanntschaft, die sie auf der Fahrt zwischen Lau-

anne und Montreux anknüpften, Herrn und Madame Vidal des Namens.
Die ganze Riesenschäre des herrlich smaragdgrünen Lac Lemans dehnte sich, ihrem Auge erreichbar, vor den wahrhaft bevorzugten Gästen des Grand Hotels aus. Unter ihnen das reizende Territet, Montreux, Besen, gegenüber weingegnetes französisches Land, über dieses emporgelagert die lapidischen und Walliser Alpen-riesen in ihrer unerhörten Majestät.
Ein lebhaft anregendes Bild, insbesondere für Daniela, gewährte auch der großzügige Verkehr im selbstbewohnten Hotel, sowie in den anderen, die herum in nächster Nähe lagen, nach rechts in den steilen Wänden der Rochers de Naye, nach unten zu in Glion und Territet. Zwischen ihnen in dieser Hin- und Herbewegung eine kühne Drahtseilbahn, die unablässig neu hinzukommende Gäste gegen die abreisenden umwechselte. Aus aller Herren Länder fand sich hier die vornehme Welt zusammen, um in Luxus zu weiltieren und im Luxus zugleich die erhabensten Naturwunder, nur zu oft gleichgültig, an sich vorüberziehen zu lassen.
Als bisherige königliche Schauspielerin hatte Daniela ja auch nicht selten in Toiletten glänzen müssen; an das Raffinement aber, mit dem sich hier Mondänen und Demimondänen trugen, reichte ihr immerhin auch schon ganz beträchtliches Wissen denn doch nicht heran.
Selbst Hans konnte ein reges Interesse an dem äußeren Aufwand der Damenwelt nicht verleugnen, oft machte er sogar Daniela auf kleine versteckte Feinheiten an Garderobegegenständen aufmerksam. Sie beobachtete, wie seine Blicke voller Wohlgefallen hinter beachtenswerten weiblichen Erscheinungen her waren.
„Ein Damenschneider ist an dir verborben, Hans.“ sagte sie einmal scherzend zu ihm, von Herrn und Madame Vidal, die dabei waren, herzlich belacht.
Dieses ungleichaltrige Ehepaar, er ein schon vorgeschrittener Fünfziger, sie eine um etwa zwanzig Jahre jüngere pikante Französin, suchte, von Daniela ungenir gesehen, auffallend den Verkehr der Kofaschels. Besonders nachdem sich der Kapellmeister einmal durch glänzendes Klavierspiel, im Musikzimmer des Hotels als solcher vertragen hatte. Von da ab sah Frau Vidal ihm unablässig auf den Fersen und bettelte, er möge doch dies oder jenes zum besten geben. In Vorschlägen für das „was“ mangelte es ihr nie.
„Wenn doch diese Leute bald von uns lassen und sich fort-machen möchten.“ klagte Daniela, nachdem vierzehn Tage in Caux schon fast heum waren. „Keinen Augenblick mehr ist man vor ihnen sicher.“
„Aber ganz angenehme Leute doch, die Vidals, — höflich, artig, entgegenkommend.“ beschwichtigte Kofaschel.
„Eben diese. Entgegenkommen, — ich nenne es ausdrücklich, Hans. Wir werden ihnen von unserer geplanten Fahrt auf den

Gipfel der Rochers de Naye morgen nichts sagen. Das ganz herrliche Schauspiel des Sonnenauf- und -unterganges wäre mir vergällt.“
„Aber ich begreife nicht, wie du — ein bißchen Unterhaltung von dritter Seite ist doch ganz nett, und in dieser Meinung sage ich auch den Vidals schon.“
Daniela ärgerte sich. „Sehr unrecht, Hans, daß du es tatest. Was habe ich denn von dir, wenn ewig und immer Fremde dabei hocken und die Zähne spitzen, was wir uns zu sagen haben.“
Kofaschel lachte ihr verzöhnlich die Wangen. „Ewig und immer? Du überreibst, Kind.“ Er reichte ihr etwas abscheinend Pikantes ins Ohr, wofür Daniela ihn mit einem leichten Klapp- bestrafte. Dann wendete sie sich schmolend ab.
„Wir werden unter solchen Umständen eben selbst die Initiative ergreifen und übermorgen, wo unsere ausbedungenen zwei Wochen sowieso herum sind, den sonst so herrlichen Aufenthalt hier abbrechen.“
Kofaschel schien nicht ganz der Meinung. „Da schädigen wir nur uns,“ jagte er etwas verstimmt.
„Ich mich nicht, Hans. Erkläre dich doch mit mir einver-standen, daß wir nach Genf und Chamonix fahren, natürlich ohne die Vidals vorher einzuwelken, willst du?“
„Natürlich.“
Als Herr und Madame Vidal am übernächsten Tage im Grand hotel zum Frühstück erschienen, waren Kofaschels unter Zurück-laffung ihrer Karte p. p. c. schon abgereist.
Als Herr und Frau Kofaschel am drittnächsten Tage im Grand Hotel de Geneve in der Rue du Montblanc zu Genf kamen, um ein Auto nach dem Bahnhof für Chamonix zu be-steigen, traten in daselbe Portal gleichzeitig Herr und Madame Vidal ein.
Es habe ihnen in Caux ohne die lieben Herrschaften aus Frankfurt gar nicht mehr gefallen wollen, erklärte der Mann, und da sei seine Gattin reich entschlossen und klug auf Genf ver-fallen, um sich einmal den Montblanc aus nächster Nähe anzuschauen. Wenn es Herrn und Frau Kapellmeister Freude mache, so wolle man sich beeilen, und mit dem nächsten Zuge auch nach Chamonix kommen.
„Aber Berthchen, kleiner Strich, wer wird denn heulen?“ Ja-gleich trug sie in die Wohnung voraus, in die Sopha mit Hilfe des Chauffeurs auch schon das Gepäck schaffte.
„Wer ist die kleine Tränengrulantin?“ fragte Kofaschel scherzend seine Frau, mit der er, lie unterem Arm hebend, die letzten Stufen emporstieg.
Bezeichnung folgt.

